

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 21 (1941-1942)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Der Agrarpolitiker Greulich  
**Autor:** Ackermann, Paul  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-334284>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Agrarpolitiker Greulich

Von Paul Ackermann

## Erste Begegnungen

«Es war ein kleines Bahnhöflein, an dem man ein- und ausstieg. Vor ihm breitete sich eine unbebaute Ebene aus. Zeitweise weideten dort Schafe das spärliche Gras ab. Jenseits der Sihl, über welche die gedeckte Sihlbrücke führte, deuteten die großen Wiesenflächen auch noch nicht auf den späteren Proletarierkreis Zürich III hin. Von der Grenze der Altstadt beim alten Steinhause wanderte man zwischen Wiesen und Feldern hinaus nach dem Gemeindehaus Hottingen und der ganze Hottingerboden war noch Acker- und Wiesland. — Mit dem Suuserduft von Seldwyla mischte sich an den verschiedenen Orten auch der Duft aus den Ehgräben und zur Nachtzeit lagerte in den Straßen die Friedensartillerie der Bauern aus den Ausgemeinden, um ihren köstlichen Inhalt auf die Wiesen zu holen.»<sup>1</sup>

Mit diesem Idyll schildert *Herman Greulich* seinen Einzug in Zürich im Herbst 1865. Es gibt einen hübschen Einblick in das damalige Ineinanderweben von Stadt und Land und in das noch stark kleinbürgerliche Gepräge von Zürich. Auch der junge Buchbindergeselle, der hier ankam, war noch durchaus kleinbürgerlichen Ideologien ergeben, und der Sozialismus war ihm, wie er in seinen Erinnerungen ausführt, noch ganz unbekannt. Aber lernbegierig und zeitaufgeschlossen wie er war, konnte ihm der neue große Gedanke, der im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft gärte, nicht lange verschlossen bleiben. Zwei Männer eröffneten ihm den Weg: *Karl Bürkli* und *Johann Philipp Becker*. Von *Becker* kam ihm im Jahre 1866 dessen Zeitung «Der Vorbote», das Organ der Internationalen Arbeiterassoziation, zu Gesicht und Beckers Gedanken erschienen ihm wie ein neues Evangelium. Noch nachhaltiger aber hat *Karl Bürkli* auf ihn gewirkt. *Bürkli* machte ihn mit den Ideen *Fouriers* vertraut, die von *Greulich* wie eine Offenbarung empfunden wurden und Zeit seines Lebens in ihm fortgewirkt haben. Durch *Bürkli* wurde er aber auch mit dem politischen Leben bekannt. Dies in doppelter Hinsicht. Mit *Bürkli* zusammen gründete er die Sektion Zürich der Internationalen Arbeiterassoziation; durch *Bürkli* nahm er aber auch regen Anteil an der zürcherischen Verfassungsbewegung der sechziger Jahre und kam damit zum erstenmal in politische Berührung mit einer Bevölkerungsschicht, die ihm bis dahin, sowohl seiner Herkunft wie seinen Interessen nach, fremd geblieben war: mit der *Bauernschaft*.

Die Landwirtschaft der damaligen Zeit, einerseits begünstigt durch eine zunehmende Nachfrage nach ihren Produkten, litt anderseits unter Kreditnot. Der Zinsfuß war infolge der starken Beanspruchung des Kapitalmarktes durch das aufstrebende Eisenbahnwesen stark gestiegen. Die Landschaft war unzufrieden und murkte gegen die «Eisenbahn- und Industriebarone», gegen das manchesterlich orientierte «System», das

---

<sup>1</sup> Herman Greulich, Das grüne Hüsli, «Volksrecht», Jg. 1900, Nr. 158.

in *Alfred Escher* seinen ausgeprägtesten Exponenten aufwies. Die unzufriedene Bauernschaft fand Unterstützung beim städtischen Kleinbürgertum, das in produktionstechnischer Hinsicht durch die aufstrebende Industrie ebenso benachteiligt wurde, wie die Bauern in kreditpolitischer Beziehung durch das Verkehrswesen. Dieser vereinte Widerstand des Kleinbürgertums und der Bauernschaft gegen die kapitalistische Entwicklung fand seinen politischen Ausdruck in der *Verfassungsbewegung von 1867*. Sie war, wie *Greulich* treffend charakterisiert, «die letzte revolutionäre Kraftäußerung des Mittelstandes in Gewerbe und Landwirtschaft».<sup>2</sup> Hier stand nun *Bürkli*, dieser kraftvolle Volkstribun, in vorderster Linie. Denn ihre Interessen gingen mit seinen Ideen, besonders in kreditpolitischer Beziehung<sup>3</sup> weitgehend gemein. Und *Greulich* war ihm ein getreuer Jünger in diesen Auseinandersetzungen der Verfassungsbewegung.

Dazu waren *Bürkli* und *Greulich* unter den Gründern der Sektion Zürich der *Internationalen Arbeiterassoziation*. Diese war im übrigen weniger eine Organisation von Schweizer Arbeitern, die damals noch im Lager der Demokraten standen, als ein Sammelbecken ausländischer Handwerksgesellen. Sie stand denn auch der zürcherischen Verfassungsbewegung im wesentlichen fremd und eher skeptisch gegenüber. Aber ein charakteristischer Vorfall muß hier doch vermerkt werden. In einer Versammlung hatte ein gewisser *Clément* den Antrag gestellt, die Internationale Arbeiterassoziation solle sich dafür einsetzen, daß in die neue Zürcher Verfassung ein Artikel aufgenommen werde, «nach dem „der Grund- und Nährstock des Zürcher Volkes, nämlich aller Grund und Boden, als Staatseigentum erklärt werden sollte“».<sup>4</sup> *Greulich* aber rückte ganz entschieden von «dieser Utopie, über die es zum Krach kommen mußte», ab. Dieser Vorfall, so bedeutungslos er in seiner politischen Wirkung blieb, ist dennoch von dogmenhistorischem Wert, weil er uns eine bessere Interpretation der Greulichschen Stellungnahme anlässlich des *Basler Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation* ermöglicht. Dieser Kongreß von 1869, an dem auch *Bürkli* und *Greulich* teilnahmen, hatte eine Resolution gefaßt, die in sehr unzweideutiger Weise erklärte, daß das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in Gemeineigentum umzuwandeln sei. *Greulich* hat diesen Beschuß, der in der Schweiz bis weit in die meist noch ein kleines landwirtschaftliches Zwerggütchen bewirtschaftenden Arbeiterkreise hinein größte Entrüstung auslöste, in einem Artikel «Zur Heulmeierei gegen den Basler Kongreß»<sup>5</sup> verteidigt. Er begründet seine Zustimmung mit den englischen Verhältnissen, wo das Grundeigentum in wenigen Händen konzentriert war. Doch fügt *Greulich* sofort bei: Anders liegen die Dinge auf dem Kontinent und insbesondere in der Schweiz. «Wie sich da die Sache machen

---

<sup>2</sup> Herman Greulich, a. a. O., Nr. 163.

<sup>3</sup> Vergl. Karl Bürkli, Eine Kantonalbank, aber keine Herren-, sondern eine Volksbank, Zch. 1866.

<sup>4</sup> Herman Greulich, a. a. O., Nr. 164.

<sup>5</sup> «Volksstaat» v. 6. Okt. 1869.

wird, ist nicht ganz so leicht zu sagen. Man kann nicht schlechtweg behaupten, daß sich so wie in England im letzten Jahrhundert, so auch hier das Grundeigentum in den Händen Einzelner konzentrieren wird. Es ist möglich und auch wünschenswert, daß *durch Staatsbanken und Gemeindegarantiegenossenschaften die Bauern sich von den Kapitalisten mehr emanzipieren* und durch gemeinschaftliche Anschaffung von Maschinen, gemeinschaftliche Einkäufe, Erbauung gemeinschaftlicher Scheunen, verbesserte landwirtschaftliche Schulen usw. mehr zu kooperativer Arbeit hingeleitet werden und so auf anderem Wege zu demselben Ziele gelangen wie England. Aber das zu bestimmen ist nicht unsere Aufgabe. Wir sind keine Systemkrämer und die Ansichten der Delegierten zum Basler Kongreß gingen in dieser Beziehung sehr weit auseinander.»<sup>6</sup> Hier manifestiert sich in überzeugender Weise der politische Tatsachensinn *Hermann Greulichs*.

### Der Redaktor und Publizist

Noch schärfer tritt dieser politische Tatsachensinn Greulichs während seiner Redaktionstätigkeit an der von ihm 1869 gegründeten «*Tagwacht*» hervor. Immer und immer wieder versucht er hier der Verständigung von Bauern und Arbeitern die Wege zu ebnen. Denn die große Mehrheit der schweizerischen Bauernschaft bestehe aus Kleinbauern und ihre Interessen seien weitgehend die gleichen wie die der industriellen Lohnarbeiter. Will man diese Argumentation verstehen, so muß man sich die damalige Lage der Landwirtschaft vergegenwärtigen. Der trennende Wall der Schutzzölle stand damals noch nicht zwischen Bauer und Arbeiter. Die Landwirtschaft, gesichert durch den natürlichen Entfernungsschutz und begünstigt durch eine lebhafte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten, war noch ganz freihändlerisch gesinnt. Ja, die Bauern mußten sich gegen Exportzölle, die ihnen von Kreisen des Kleingewerbes und auch von bestimmten Arbeiterkategorien angedroht wurden, wehren. So lag dem Kongreß des Allgemeinen schweizerischen Arbeiterbundes 1876 ein Antrag vor auf eine *Ausfuhrzollerhöhung für Käse, Butter, kondensierte Milch und gemästete Kälber*.<sup>7</sup> Greulich lehnte diesen Antrag ab, da Viehzucht und Milchwirtschaft die einzigen Erholungsquellen der schweizerischen Landwirtschaft seien. So begreiflich es auch sei, daß der Arbeiter wichtige Lebensmittel, wie Käse und Butter, gerne zu billigem Preise auf seinem Tische sehen würde, statt «wie jetzt vom Ausland eingeführte Herdöpfel und dito Kaffee zur Nahrung verwenden zu müssen»,<sup>8</sup> so dürfe sich der Arbeiter doch nie von so kurzsichtigen Argumenten leiten lassen. Greulich ist sich dabei der Zweischneidigkeit dieser Argumentation durchaus bewußt und gibt den Bauern zu bedenken, daß eine Politik der Produktionskostensenkung ihnen weit dauerhaftere Vorteile bringen würde, als eine Politik hoher Preise. Denn die bessern

<sup>6</sup> a. a. O.

<sup>7</sup> Protokoll des 4. Kongresses des Schweizerischen Arbeiterbundes in Bern, 1876, S. 26.

<sup>8</sup> «*Tagwacht*», Jg. 1876, Nr. 37.

Produktenpreise kapitalisieren sich in höhern Bodenpreisen und jede Handänderung führt zu einem Anwachsen der Verschuldung. *Höhere Lebensmittelpreise kämen so letzten Endes nur den Hypothekargläubigern zugute.* Klüger und weitsichtiger sei deshalb eine Politik des niedern Zinsfußes.

Damit hatte *Greulich* in geschickter Weise ein Moment aufgegriffen, das damals überall auf der Tagesordnung stand: die landwirtschaftliche Kreditnot. Stärker noch als in den sechziger Jahren hörte man aus bäuerlichen Kreisen lebhafte Proteste über «die Schädigung des Grundkredites infolge der ungebührlichen Subventionierung des ‚Eisenbahnschwindels‘ durch Staat und Gemeinden». <sup>9</sup> Bei dieser Kreditnot der Bauern setzte nun *Greulich* an. Wohl hätten die Bauern durch ihren kraftvollen Einsatz in der Revisionsbewegung sich endlich ihre *Kantonalbank* erkämpft. Aber sie habe versagt, «da sie auf dem alten kapitalistischen Geldsystem» <sup>10</sup> aufgebaut sei. Wirksame Hilfe könne sie erst dann bringen, wenn sie nach den *Vorschlägen Karl Bürklis* organisiert würde und «auf Grund und Boden, Produkte der Landwirtschaft und der Industrie hypothekisierte Noten» herausgeben würde. Denn dadurch wäre es möglich, den Zinsfuß auf zwei bis höchstens drei Prozent zu drücken.

Über all diesen Linderungsmaßnahmen, die das wesentliche Merkmal einer sozialdemokratischen Agrarpolitik, den Schutz der Arbeitskraft vor kapitalistischer Ausbeutung, klar herausheben, hat *Greulich* das zentrale *Problem der Eigentumsordnung* nicht außer acht gelassen. Freilich, er findet, die Eigentumsfrage sei «eine sehr heikle Frage», denn die Sozialdemokratie postuliere die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und somit auch an Grund und Boden. Aber damit konstatiere sie nur ein Gesetz, das der kapitalistischen Entwicklung immanent sei. Es sei ja gerade das Kapital, «das fortwährend daran arbeitet, das Privateigentum des arbeitenden Volkes abzuschaffen und in seiner Schatulle zu konzentrieren». <sup>11</sup> Gegen diese fortwährende Expropriation durch das Kapital könne sich der Bauer nur zur Wehr setzen durch *genossenschaftlichen Zusammenschluß*.

Damit schließt sich der Ring: Für den Bauern sowohl wie für den Arbeiter gibt es *nur ein Mittel im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, den Zusammenschluß*. Die Arbeiterschaft ist nach *Greulich* der Vortrupp, der den Gewalthaufen der Bauern zu mobilisieren hat. Sobald einmal der Gewalthaufe, die Bauernschaft, in Aktion tritt, «werden alle Verdummungs- und Ausbeutungsparteien am Boden liegen». <sup>12</sup> Dann ist der Weg frei zum Ziel, der sozialistischen Schweiz.

Die agrarpolitischen Ideen *Greulichs*, die stark durch die Schriften *Bürklis* und *Johann Philipp Beckers* bestimmt sind, gehen in ihren grundlegenden Zügen auf *Fourier* und *Lassalle* zurück, wobei der letztere selbst

---

<sup>9</sup> Adolf Krämer, *Die Landwirtschaft im 19. Jahrhundert*, Frauenfeld, 1902, S. 56.

<sup>10</sup> «Tagwacht», Jg. 1872, Nr. 24.

<sup>11</sup> «Tagwacht», Jg. 1872, Nr. 24.

<sup>12</sup> «Tagwacht», Jg. 1872, Nr. 28.

weitgehend durch den französischen Frühsozialismus beeinflußt wird. So sind die Kredit- und Bankprojekte, die *Greulich* den Bauern zur Linderung der Kreditnot empfiehlt, dem Gedankengut des Fourieristen *Coignet* entnommen. Schon *Fourier* sah in seiner Assoziation eine Hypothekar- und Lombardbank vor, die sowohl unbewegliches Eigentum als alle Produkte aus der verassozierten Gemeinde nach dem Grade ihres gesellschaftlichen Wertes belehnen sollte. Ein gemeinsames «comptoir» sollte die Funktionen des Zwischenhandels übernehmen und so den Bauern vorerst auf dem Gebiete der Zirkulation und Distribution die Vorteile der Verassoziierung klarmachen.<sup>13</sup> Dadurch angeregt, würde der Bauer leicht zu überzeugen sein, «daß es unvorteilhaft sei, wenn jeder Besitzer sein Stück Land für sich bearbeite, während durch Arbeitsteilung und Ineinandergreifen aller Kräfte das ganze Areal der Gemeinde viel besser, zweckmäßiger sowohl bearbeitet als rationeller bepflanzt und dadurch auch ertragsfähiger gemacht werden könnte. Diese Einsicht müßte sich, sobald einmal die Bahn des Gemeindebetriebes eröffnet wäre, jedem aufdrängen und es dürfte deshalb gar nicht lange dauern, bis aus der Gemeinde auch in Beziehung auf die Produktion eine Assoziation würde». <sup>14</sup>

Man erkennt klar den Gedankengang Greulichs: Die Bauern sollen über ihre Interessen auf dem Gebiete des Kredits und des Zwischenhandels zur Produktivgenossenschaft geführt werden. Darin äußert sich auch auf agrarpolitischem Gebiete die für *Greulich* typische Verbindung von fourieristischen Plänen mit dem marxistischen Kerngedanken, daß die Massen der Ausgebeuteten nur durch die Mobilisierung ihrer Interessen für den Sozialismus zu gewinnen sind. Hier trifft sich *Greulich* aber auch mit *Johann Philipp Becker*, für den die Produktivgenossenschaften auch nur Mittel sind, um zur sozialistischen Gesellschaft zu gelangen.<sup>15</sup> Diese Verbindung von fourieristischem Endziel mit teilweise marxistischen, teilweise lassalleianischen Gedankengängen über den Weg zu diesem Ziel webt sich durch das gesamte Wirken Greulichs fort. Seinen sozialistischen Erwecker *Fourier* hat er Zeit seines Lebens nie verleugnet. Noch 1919 schreibt er: «Was Sozialismus ist, habe ich aus *Fourier* gelernt.»<sup>16</sup> Aber gerade sein politischer Tatsachensinn, sein kühles Abwagen des Möglichen hat ihn sich nicht in Utopien verlieren lassen, sondern ihm auch die Einsicht in die Gedanken eines Lassalle und Marx eröffnet.

### Der Statistiker Greulich

In den bittern Jahren, die auf seine «Tagwacht»-Zeit folgten, trat Greulich der Statistik näher. Er verfaßte verschiedene Zeitungs- und Zeitschriftenartikel über statistische Probleme. 1882 kam er in einem Vortrag vor der Statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft von Zürich

---

<sup>13</sup> Herman Greulich, Karl Fourier, ein Vielverkannter, Zürich-Hottingen 1881, S. 9.

<sup>14</sup> Herman Greulich, a. a. O. S. 12.

<sup>15</sup> Vergl. Mario Gridazzi, Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz. Zch. 1935, S. 138 ff. u. 163 ff.

<sup>16</sup> Herman Greulich, Zum Nachdenken, St. Gallen 1919, S. 20.

über die Ergebnisse der Volkszählung von 1880 auch auf die Notstände in der Landwirtschaft zu sprechen. Auf Grund dieser Arbeiten wurde er anfangs 1884 zum *Vorsteher des kantonalen statistischen Büros* gewählt. In dieser neuen Tätigkeit hat er vor allem auch den Problemen der Landwirtschaft größte Aufmerksamkeit geschenkt und ihr in den «Statistischen Mitteilungen» einen breiten Raum zugewiesen. Über tausend Seiten sind der Landwirtschaftsstatistik gewidmet, und seine Textbegleitungen sind Musterarbeiten.<sup>17</sup> Es würde natürlich den Rahmen unserer Übersicht über das agrarpolitische Wirken Greulichs weit überragen, wollten wir die vielen Daten auch nur auszugsweise vorführen.

Für unsere Zwecke können wir uns um so eher kurz fassen, als *Hermann Greulich* die Folgerungen aus den statistischen Erkenntnissen 1888 in seiner *Denkschrift über die Notlage der Landwirtschaft* zusammengefaßt hat. Darin schildert er die immer sich stärker ausprägende Abhängigkeit der Landwirtschaft von den gesellschaftlichen Verhältnissen, insbesondere aber die Wirkungen der ab 1879 einsetzenden Überseekonkurrenz auf die zürcherische Landwirtschaft. Sie führte zu einer schweren *Agrarkrise*. Davon zeugt eine Reihe von Tatsachen: Die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung nimmt relativ und absolut ab. Sie wandert entweder in die industriellen und Verkehrszentren ab oder sucht sich durch Auswanderung eine neue Existenz in Übersee zu gründen. Dazu häufen sich die Konkurse und Nachlasse in den landwirtschaftlichen Bezirken, die Verschuldung wächst und der Ertragswert der landwirtschaftlichen Grundstücke und Heimwesen sinkt. Am stärksten von der Krise betroffen werden die kleinen und kleinsten Bauern. Dieser kleinbäuerliche Betrieb ist weitgehend ein Familienbetrieb und ausgesprochen arbeitsintensiv. Ihm mangeln nicht die Arbeitskräfte, wohl aber das Kapital. «Nun ist aber gerade das Charakteristische im Entwicklungsgang der Landwirtschaft, daß die *Intensität der Arbeit im Konkurrenzkampf immer mehr von der Intensität des Betriebskapitals geschlagen* wird. In diesem Umstand findet eben der Notstand unserer Landwirtschaft seine Ursachen und seine Erklärung.»<sup>18</sup> Dieser Entwicklung dürfe aber nicht einfach zugesehen werden, findet *Greulich*, denn «eine möglichst gesicherte Existenz der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist für jeden Staat von größter Bedeutung. In ihr ruht die stärkste Wurzel der vaterländischen Wehrkraft und der republikanischen Unabhängigkeit.»<sup>19</sup>

Wie aber kann den bedrängten Kleinbauern geholfen werden? *Greulich* weiß wohl, daß das Problem in seiner Gesamtheit in den gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelt und letzten Endes mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht und fällt. Aber er will in seiner Denkschrift nicht auf «Universalmittel» eintreten, sondern in diesem Zusammenhang «nur von einigen Besserungsmitteln»<sup>20</sup> sprechen. Als geeignete Mittel des

<sup>17</sup> Vergl. Statistische Mitteilungen betr. den Kanton Zürich, Jg. 1884—1887.

<sup>18</sup> Herman Greulich, *Die Notlage der Landwirtschaft und die Mittel zur Besserung*. Denkschrift, Zch. 1888, S. 14.

<sup>19</sup> Herman Greulich, a. a. O. S. 9.

<sup>20</sup> Herman Greulich, a. a. O. S. 17.

Bauernschutzes führt er an: *Ausbau der landwirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen*, vor allem eine großzügige Förderung des Genossenschaftswesens. Doch werde dies allein unter den heutigen Umständen wohl kaum ausreichen, denn «nachdem durch die sogenannte Schutzzollpolitik der andern Staaten die Schweiz hart eingeschlossen und namentlich die Landwirtschaft schwer geschädigt worden, war es ein Gebot der Notwehr, Zollerhöhungen zu fordern».<sup>21</sup> Ferner könnten durch die *Verstaatlichung der Eisenbahnen, des Bank- und Versicherungsgewerbes* die Produktionskosten des bäuerlichen Betriebes weitgehend gesenkt werden. Der *Ausbau des Alkoholmonopols* aus einem bloßen Fiskalinstrument zu einer Institution der Preisregulierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse könnte ein weiteres zum Schutze der bäuerlichen Wirtschaft beitragen. *Greulich* benutzt zugleich den Anlaß, um den in sozialpolitischen Fragen durchweg recht zugeknöpften Bauern den Gedanken der Sozialversicherung verständlich zu machen. Er empfiehlt ihnen die *Arbeiterversicherung* als ein Mittel, ihre Armenkassen zu entlasten.

Eine kritische Prüfung dieses Bauernschutzprogrammes muß sich, wenn sie nicht zu falschen Schlüssen gelangen will, bewußt sein, daß der Zweck dieser Denkschrift ein begrenzter war, nämlich ein knappes *Sofortprogramm zur Linderung der Notlage* im zürcherischen Bauerngewerbe. So gesehen, enthält es manch wertvolle Anregung. Daß alle diese Maßnahmen bloße Linderungsmaßnahmen darstellten und den Kern des Übels nur bedingt trafen, darüber war sich der Sozialist *Greulich* genau im klaren.

Deutlicher und eingehender als in seiner Denkschrift sind die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Entwicklung und Notlage des kleinbäuerlichen Betriebes in seiner einleitenden Publikation zur Lohnstatistik, den «*Wandlungen*»<sup>22</sup> dargestellt. Diese Schrift, von ihm in seiner Eigenschaft als schweizerischer Arbeitersekretär im Jahre 1908 veröffentlicht, gibt ein anschauliches und reich dokumentiertes Bild der Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. Am Beispiel der zürcherischen Seidenstoffweberei zeigt *Greulich* die Rückwirkungen der Umwälzung in den industriellen Produktionsverhältnissen auf die Besitzes- und Betriebsgrößenstruktur der zürcherischen Landwirtschaft. Denn die Seidenstoffweberei war ursprünglich Heimarbeit. «Die Webstühle standen in den Stuben der Bauern und hinter ihnen saßen die Frauen und Töchter. Der Verdienst der Seidenheimarbeiter brachte etwas Geld in die bäuerliche Haushaltung und stützte die kleinbäuerliche Wirtschaft. Hörte dieser Zuschuß auf, dann geriet die Kleinbauernwirtschaft ins Wanken, und zwar um so mehr in einer Zeit, da der kapitalintensive Betrieb in die Landwirtschaft eindrang und der Bauer mehr Betriebsmittel brauchte als vorher. *Der starke Rückgang der Seidenheimarbeit mußte daher sehr dazu beitragen, daß kleinbäuerliche Betriebe aufgegeben wurden.*»<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Herman Greulich, a. a. O. S. 19.

<sup>22</sup> Lohnstatistik, Bericht an das Schweiz. Industriedepartement vom Schweiz. Arbeitersekretariat, 1. Heft, Zch. 1908.

<sup>23</sup> Lohnstatistik, 1. Heft S. 40.

Die folgende kleine Tabelle bestätigt dies und weist zugleich noch auf ein weiteres Moment der Entwicklung hin.

Kanton Zürich	1866	1876	1886	1896	1906
Besitzer von Rindvieh	21 332	20 463	20 194	19 044	17 967
Rindvieh (Stück)	70 199	74 654	88 637	102 292	112 240
Durchschnittliche Stallbesetzung (Stück)	3,3	3,6	4,4	5,4	6,3

Die Abnahme der Zahl der Rindviehbesitzer ist begleitet von einem ständigen Ansteigen des Rindviehbestandes, und die durchschnittliche Stallbesetzung wuchs innert vierzig Jahren von 3,3 auf 6,3 Stück. 3400 Viehbesitzer sind vollkommen ausgeschieden, das heißt der wirtschaftlich schwächste Teil der Bauernschaft mußte seine wirtschaftliche Selbständigkeit aufgeben. Ein weiteres Moment weist in dieselbe Richtung: die Zunahme der fremden Mittel in der bäuerlichen Produktion und die damit wachsende Verschuldung.

An diese eingehende Analyse zürcherischer Verhältnisse schließt sich eine sorgfältig mit statistischen Daten belegte Untersuchung über *die Entwicklung der schweizerischen landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse*. Dabei ergibt sich, daß die Veränderungen um so tiefer gehen, je mehr das Gebiet kapitalistisch erschlossen und industrialisiert ist. Einzig die Kantone Tessin, Wallis und Graubünden weisen nur geringfügige Veränderungen auf. Es sind dies Gebiete ausgesprochen kleinbäuerlicher Prägung. Die kleinbäuerliche Wirtschaft wird hier entweder, wie im Kanton Tessin, durch zusätzlichen Erwerb im Transportwesen oder Bau gewerbe gestützt oder findet einen gewissen Rückhalt, wie in den Kantonen Wallis und Graubünden, in einem noch stark verbreiteten Gemeinde- und Genossenschaftsbau. In allen andern Gebieten aber «bewegt ein gemeinsamer Zug mit zwingender Notwendigkeit das ganze wirtschaftliche Leben und seine Entwicklung: *Die immer stärkere Anwendung von Kapital auf die Wirtschaft und die wachsende Beherrschung der Wirtschaft durch das Kapital.*»<sup>24</sup> Daraus ergibt sich eine immer schärfer sich ausprägende Differenzierung auch innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung und damit eröffnen sich auch einer Verständigung von Kleinbauernschaft und Arbeiterschaft neue Perspektiven. Mit diesem politischen Ausblick schließt Greulich seine Ausführungen.<sup>25</sup>

### Der Parlamentarier Greulich

Im Jahre 1890 wurde Greulich in den *Zürcher Kantonsrat* gewählt. Hier hat er sich nicht nur mit Sachkenntnis, politischem Scharfsinn und Temperament für die Belange der Arbeiterschaft eingesetzt, auch die Kleinbauern haben in ihm stets einen verständigen Freund in ihren Bemühungen um die Befreiung von der drückenden Zinsfron des Kapitals gehabt. Wenn auch seine Tätigkeit, bedingt durch die Zusammensetzung des Rates, eine mehr defensive war, so ist ihm doch manche Genugtuung

<sup>24</sup> Lohnstatistik, 1. Heft, S. 81.

<sup>25</sup> Lohnstatistik, 1. Heft, S. 88.

nicht versagt geblieben. Zum erstenmal hat sich *Greulich* im Zürcher Kantonsparlament im Jahre 1891 zu agrarpolitischen Fragen geäußert. Am 17. März 1891 stellte er den *Antrag auf Vorbereitung und Durchführung einer Enquête über die Lage der Landwirtschaft*. In seiner Antragsbegründung gab *Greulich* einen prägnanten Überblick über die Entstehung, die Anzeichen und die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Krise. Doch erübrigts es sich, hier näher darauf einzutreten, da die tragenden Gedanken bereits in seiner Denkschrift entwickelt worden sind.

Der Antrag auf Durchführung einer Enquête wurde vom Rate allerdings abgelehnt. Doch wurde mit großem Mehr beschlossen, eine Kommission einzusetzen, welche Mittel und Wege suchen sollte, in welcher Weise der notleidenden Bauernschaft geholfen werden könne.<sup>26</sup>

Die Kommission ließ sich freilich reichlich Zeit. Sie konnte sich auch Zeit lassen, denn die Landwirtschaft hatte sich inzwischen straff organisiert und im Bunde eine starke Schutzzollmauer zur Preissicherung erkämpft. Damit hatte sich nun die Situation grundlegend verändert. Als die Kommission im Jahre 1910 ihren Bericht vorlegte und der Rat in die Beratung über das *Gesetz betreffend die Forderung der Landwirtschaft* eintrat, standen sich zwei ausgesprochen gegnerische Lager gegenüber: die zollgeschützten Bauern einerseits und die noch schwach organisierten Arbeiter, die sich jedes knappe Mehr an Lebensraum erst mühsam erkämpfen mußten, anderseits. *Greulich* kritisierte in der Eintretensdebatte die bisherige offizielle Agrarpolitik als eine Politik der Schraube ohne Ende, und die bei jeder Handänderung neue Notstände schaffe. Die Zollpolitik sei ein ungeeignetes Mittel und auch Anerbenrecht und Verschuldungsgrenze könnten keine Lösung bringen. Denn sie erwürgen gerade diejenigen landwirtschaftlichen Schichten, die eine Hilfe am dringendsten brauchten, die Kleinbauern. Diesen unzureichenden Mitteln stellt *Greulich* die Genossenschaften gegenüber, und er macht den Vorschlag, der Kanton solle gemeindeweise *landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften* organisieren und sie mit *Staatskredit* unterstützen. Dieser Gedanke, den *Greulich* von *Lassalle* übernommen hat, konnte sich allerdings nicht durchsetzen. Dagegen gelang es *Greulich* im Verein mit einigen Kleinbauernvertretern, doch einige Vorteile für die Kleinbauern durchzusetzen, so besonders in der Frage der Subventionierung der *Zuchtstierkorporationen*, einer typischen Form kleinbäuerlicher Genossenschaft.<sup>27</sup>

Im Herbst 1902 wurde *Greulich* von den Zürcher Arbeitern in den *Nationalrat* abgeordnet. Er hat dort zu wiederholten Malen in agrarpolitischen Fragen das Wort ergriffen und die folgenden Ausführungen erheben keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Es sollen vielmehr anhand der Parlamentsvoten nur drei besonders wichtige Problemkreise, die Eigentumsfrage, die Frage der landwirtschaftlichen Preise und Kosten und die Arbeitszeitfrage illustriert werden.

---

<sup>26</sup> Herman Greulich, Die Nothlage der Landwirtschaft, Begründung des Antrages auf Vorbereitung und Durchführung einer Enquête über die Lage der Landwirtschaft. Zch. 1891, S. 23.

<sup>27</sup> Protokoll des Kantonsrates, Amtsperiode 1908—1911, S. 739 u. S. 889.

Bei der Beratung des neuen schweizerischen Zivilgesetzbuches hat sich *Greulich* für die *Heimstättenartikel des ZGB* lebhaft eingesetzt. Er begrüßte sie als einen Versuch, der Abbröckelung des bäuerlichen Besitzes Einhalt zu gebieten. Ein solcher Schutz des bäuerlichen Besitzes sei um so mehr zu begrüßen, als nach seiner Auffassung «die Landwirtschaft in ihren Hauptbetrieben noch auf sehr lange Zeit hinaus Sache der Privatwirtschaft sein wird und also der Kollektivismus, der von meiner Partei angestrebt wird, die Landwirtschaft noch auf unabsehbare Zeit hinaus vollständig beiseite zu lassen hat».<sup>28</sup>

Zu einer eingehenden Kritik der landwirtschaftlichen Preis- und Kostenpolitik kam *Greulich* bei der Begründung seiner *Teuerungsmotion vom 22. Dezember 1910*. Er stellt der landwirtschaftlichen Preispolitik, die die Preise durch Zölle oben zu halten versucht, eine Politik der Kostensenkung gegenüber. Die Landwirtschaft müsse sich bemühen, durch Übergang zu rationelleren Betriebsmethoden und Betriebsformen der Auslandskonkurrenz zu begegnen. Wie aber sollen die Kleinbauern hier mitkommen? Sie müssen sich zu *Betriebsgenossenschaften mit Staatskredit* zusammenschließen. Für eine solche Bauernpolitik wird die Arbeiterschaft «mit Leib und Seele bereit sein, auch wenn es ganz gewaltige Mittel und Anstrengungen braucht».<sup>29</sup> Ein Jahr später hat *Greulich* anlässlich einer erneuten Gefrierfleischdiskussion auf diesen Punkt verwiesen: «Das ist es ja, bei der heutigen Wirtschaftsordnung geht alles dahin, den Bauern ihren Verdienst wegzunehmen und in die Hände des Hypothekarkapitals hineinzuschmuggeln. Der Bauer wird erst dann wieder in den Genuß seines Arbeitsertrages gelangen, wenn ihm der Bodenwucher, der Grundzins, nicht immer wieder den Ertrag seiner Arbeit wegfräßt.» Und erneut betont *Greulich* den Willen der Arbeiterschaft, mit den Bauern zu einer Verständigung zu kommen.<sup>30</sup>

Ein weiteres Problem, das sich trennend zwischen Bauer und Arbeiter stellte, war von jeher die Frage der *Sozialgesetzgebung*. Die Bauern, insbesondere diejenigen, die fremde Arbeitskräfte beschäftigen, betrachteten in ihrer überwältigenden Mehrheit einen Ausbau der Sozialgesetzgebung als eine Verlockung zur Landflucht. Dazu befürchteten sie ein allfälliges Übergreifen ihrer Bestimmungen auf die Landwirtschaftsbetriebe. *Greulich* hat den Bauern hier weitgehende Konzessionen gemacht. So erklärte er bei der Beratung des *Übereinkommens von Washington*: «Das ist für uns selbstverständlich, daß wir uns nie dazu herbeilassen, der Landwirtschaft über die Arbeitszeit Vorschriften zu machen, niemals. Das ist von Anfang an unsere strikte Haltung gewesen.»<sup>31</sup> Denn die industrielle und die landwirtschaftliche Arbeitszeit sind zwei grundverschiedene Kategorien. Darauf hat *Greulich* bei der Behandlung der *Motion Abt auf Revision des Art. 41 des Eidgenössischen Fabrikgesetzes* hingewiesen. «Der Arbeitstag des Bauern ist mit dem Arbeitstag

<sup>28</sup> Amtl. stenogr. Bulletin, Nationalrat, Jg. 1905, S. 869.

<sup>29</sup> a. a. O., Jg. 1910, S. 583.

<sup>30</sup> a. a. O., Jg. 1911, S. 406.

<sup>31</sup> Amtl. stenogr. Bulletin, Nationalrat, Jg. 1921, S. 188.

des Arbeiters gar nicht zu vergleichen. Der Bauer arbeitet auf seinem Heim, er arbeitet für eigene Rechnung, für den eigenen Vorteil, der Arbeiter aber für den Lohn.»<sup>32</sup>

Damit aber ist Greulich zugleich bei gewissen Grenzen der Verständigung von Arbeiter und Bauer angelangt: beim Unternehmercharakter des selbständigen Landwirts, und damit zeichnen sich gleichzeitig die Grenzen seiner agrarpolitischen Erkenntnis ab. Das Verdienst Greulichs liegt darin, innert der Möglichkeiten einer Verständigung in der Bauernfrage alles getan zu haben, damit — wie er selbst einmal gesagt hat — die beiden größten Volksklassen, die Bauern und Arbeiter, sich gegenseitig verstehen lernen.»<sup>33</sup>

---

<sup>33</sup> Lohnstatistik, 1. Heft, S. 89.

<sup>32</sup> a. a. O., Jg. 1922, S. 424.

---

## Die Wahlen am 22. März in der Stadt Zürich

Von Friedrich Heeb

Nach vierjähriger Amts dauer waren am 22. März 1942 die beiden obersten Behörden der Stadt Zürich für eine neue Legislaturperiode zu bestellen. Dabei wurde die sozialdemokratische Mehrheit in der Exekutive, dem neunköpfigen *Stadtrat*, bestätigt. Als Stadträte wurden die fünf Genossen Ernst Nobs, Jakob Baumann, Jakob Peter, Dr. Willy Spühler und Dr. jur. Aug. Ziegler mit einer Stimmenzahl von 30 021 bis 38,575 Stimmen gewählt, während es der Landesringkandidat Architekt Heinrich Ötiker auf 31,670 Stimmen brachte, die zwei Freisinnigen Erwin Stirnemann und Dr. Emil Landolt auf 26 077 bzw. 20 906 Stimmen und der Katholisch-konservative Anton Higi auf 20 255 Stimmen. Nicht wiedergewählt wurde der bisherige Vertreter der Demokraten, Dr. Robert Kunz, auf den 20 131 Stimmen entfielen.

Die Konstellation bei den diesmaligen Stadtratswahlen war für die Sozialdemokratische Partei dadurch wesentlich erschwert, daß von ihren bisherigen fünf Vertretern drei altershalber eine Wiederwahl ablehnten, nämlich die Genossen Dr. Emil Klöti, der seit 1907 dem Stadtrat angehörte und seit März 1928 das Amt des Stadtpräsidenten bekleidete, der Genosse Jean Briner, seit 1928 städtischer Schulvorstand, und Genosse Jakob Gschwend, seit 1920 Vorsteher des Vormundschafts- und Armenwesens. Als neuen Stadtpräsidenten portierte unsere Partei den Genossen Ernst Nobs, der seit Frühjahr 1936 Mitglied des Zürcher Regierungsrates war und von 1937 ab das Amt des kantonalen Volkswirtschaftsdirektors bekleidete.

Auf bürgerlicher Seite traute man sich nicht zu, den Kampf um die Mehrheit und um den Posten des Stadtpräsidenten aufzunehmen. Zwar unternahmen die Freisinnigen nachträglich noch einen Anlauf zum Sturm